



uni-info

25. Juli
14/78

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENDURG, 29
OLDENDURG, POSTFACH 2503, TELEFON: 73041, TELEX-NR. 25655 UNOL D. REDAKTION:
GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH) MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE
PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER. NACHDRUCK NUR NACH
RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION (DER GRUNDUNGSAUSSCHUSS, DAS KONZIL UND
DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN
CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT. DER NIEDERSÄCHSISCHE MINISTER FÜR
WISSENSCHAFT UND KUNST HAT SICH DER FUHRUNG DIESES NAMENS DURCH DIE
UNIVERSITÄT BISHER WIDERSETZT.)

DGB schätzt Kooperation mit der Universität positiv ein

Zuversichtlich hat sich der Stellvertretende Vorsitzende des DGB-Landbezirk Niedersachsen, Wolfgang Schultze, über die Zusammenarbeit seiner Organisation und der Bildungseinrichtung Arbeit und Leben mit der Universität geäußert, die seit mehr als drei Jahren durch eine Kooperationsvereinbarung verbunden sind.

Auf einer Pressekonferenz anlässlich seiner Wahl zum Vorsitzenden des Kooperationsausschusses erklärte Schultze, daß ein zunehmendes Interesse an einer Kooperation auf beiden Seiten zu verzeichnen sei. Schultze löst den Leiter der Kontaktstelle für Wissenschaftliche Weiterbildung, Jürgen Weißbach, ab, der zum Stellvertreter gewählt wurde.

Das zunehmende Interesse der Gewerkschaften führte Schultze besonders darauf zurück, daß die Universitäten

heute nicht allein mehr Ausbildungsstätten für die Führungskader in Staat und Wirtschaft seien, sondern zunehmend Studenten ausbildeten, die später keine Führungspositionen einnehmen könnten und sich ebenso wie andere Arbeitnehmer organisieren müßten, um ihre Interessen vertreten zu können.

Vor den Wahlen hatten Jürgen Weißbach und der bisherige Stellvertretende Vorsitzende, Günther Altmann, den Arbeitsbericht 1977/78 vorgelegt. Im vergangenen Jahr erstreckte sich die Zusammenarbeit auf mehrere Forschungs- und Lehrprojekte: »Entwicklungsraum Ostfriesland«, »Arbeitsmarktentwicklung und Arbeitsmarktpolitik im Nordwestraum«, »Strukturpolitik als Unterrichts- und Schulungsthema« sind Bereiche, an denen teilweise schon seit längerer Zeit gearbeitet wird. Neue Überlegungen erstrecken sich auf den Bereich Lärmschutz und das Fach Chemie, für das ein Unterausschuß gebildet werden soll, um die Kooperation noch effektiver zu gestalten.

Grenzen sind einer stärkeren Zusammenarbeit in diesen Bereichen jedoch durch fehlende finanzielle Möglichkeiten gesetzt. So waren vom Kooperationsausschuß die Projekte »Situation arbeitsloser Mädchen und von Mädchen ohne Ausbildungsvertrag« sowie »Zulassungsprüfung zum Hochschulstudium ohne Reifezeugnis« vorgeschlagen worden; die Finanzierungsbedingungen aber waren nicht gesichert.

Die Universität beteiligte sich zudem an der Durchführung von Bildungsurlaubsveranstaltungen und Betriebsräteschulungen, wobei es zur Kooperation auch mit dem ÖTV-Hauptvorstand gekommen ist, sowie an Bildungsangeboten von Arbeit und Leben.

Um die Zusammenarbeit zwischen der Universität und dem DGB noch bekannter zu machen, wurde ferner die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt, in deren Rahmen Herbert Bienk vom ÖTV-Hauptvorstand über »Gewerkschaften und Studienreform« sprach.

FB I und IV wählte Vorsitzende

Die Fachbereichsräte I und IV haben ihre Vorsitzenden, deren Amtszeit am 1. Oktober beginnt, turnusgemäß neu gewählt. Im Fachbereich I wurde der Sozialwissenschaftler Professor Jost von Maydell einstimmig wiedergewählt. Im Fachbereichsrat IV stimmte die Mehrheit für den Chemiker Professor Peter Köll. Stellvertreter von Köll wurde der Physiker Professor Volker Mellert. Noch unklar ist, wer in den Fachbereichen II und III den Vorsitz übernehmen wird.

Wird Mitbestimmung für Dienstleister weiter eingeschränkt?

Mit »größter Entschiedenheit« hat die ÖTV-Betriebsgruppe in einer Stellungnahme jede Verordnung zum § 47 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes abgelehnt, der die Rechtsstellung der Mitglieder von Gremien regelt. Der Entwurf zur Verordnung § 47 NHG des Wissenschaftsministeriums sieht vor, das Stimmrecht der sonstigen Mitarbeiter von

- Dauer der Zugehörigkeit zu Gremien
- Eingruppierung
- Ausbildung
- Art und Dauer der Tätigkeit abhängig zu machen.

Die ohnehin schon diskriminierenden Regelungen zur Mitbestimmung für die Dienstleister nach dem HRG und NHG würden, so die ÖTV, durch die Verordnung in ihren Auswirkungen noch verstärkt.

Gerügt haben inzwischen auch der Senat und der Personalrat den Verordnungsentwurf des Ministeriums.

Fünf neue Stipendien

Zum 1. November 1978 vergibt die Universität fünf Stipendien nach dem Graduiertenförderungsgesetz. Die Förderung ist für Promotionen oder für ein weiteres Studium vorgesehen. Anträge, die bei Ilona Neuhaus (A 209) zu erhalten sind, müssen dort bis zum 15.10.1978 abgegeben werden.

Dohnanyi für Ossietzky-Universität

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Klaus von Dohnanyi, und der Präsident des Verbandes der Kriegs- und Wehrdienstopfer (VdK), K. Weishäupl, haben sich in der vergangenen Woche für die Führung des Namens Carl-von-Ossietzky-Universität durch die Oldenburger Hochschule ausgesprochen. Weishäupl erklärte, wer den deutschen Widerstand respektiere, sollte bereit sein, »wenigstens einer der jungen Universitäten den Namen des profilierten Widerstandskämpfers« zu geben. Als

schädlich für das Ansehen der Bundesrepublik bezeichnet Dohnanyi den Namensstreit. Nach seiner Auffassung hat sich die Landesregierung der Namensgebung nicht wegen der Person Ossietzkys entgegengestellt, sondern wegen des eigenmächtigen Vorgehens der Studenten. »Wir gefährden auch die Tradition des demokratischen Widerstandes in der Geschichte, wenn wir Ossietzky die ihm gebührende Ehre wegen einer Machtprobe zwischen Verwaltung und Studenten versagen«, betonte Dohnanyi.

Klage eingereicht, aber:

Weiter Einvernehmen mit Landesregierung angestrebt

Die Universität Oldenburg hat beim Verwaltungsgericht Oldenburg eine Klage gegen den niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kunst mit dem Ziel eingereicht, in Selbstverwaltungsangelegenheiten den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg führen zu können. Der Minister hatte entsprechende Beschlüsse des Konzils und des Senats der Universität im Wege der Rechtsaufsicht beanstandet und die Führung des beschlossenen Namens untersagt. Mit der Klage beantragt die Universität die Aufhebung der Beanstandungsverfügungen.

Zu der Klage erklärte die Universitätsleitung, sie sei zunächst eingereicht, um die Klagefrist zu wahren und damit die Möglichkeit einer gerichtlichen Klärung zu erhalten. Die Universität werde sich weiterhin bemühen, mit dem Minister zu einem Einvernehmen über die Namens-

führung außerhalb des Gerichtsverfahrens zu kommen. Die Universität habe stets betont, daß sie die Namensgebung nicht in erster Linie als ein rechtliches Problem ansehe, sondern als die politisch zu entscheidende Frage nach der Stellung von Wissenschaft in der Gesellschaft und dem Stellenwert demokratischer Tradition in unserem Staat. Es werde in der nationalen und internationalen Öffentlichkeit schwerlich verstanden, wenn sich die Universität den Namen des Friedensnobelpreisträgers Carl von Ossietzky gerichtlich erstreiten müsse.

Die Regelung eines Namenszusatzes bei der Wahrnehmung von Selbstverwaltungsangelegenheiten gehöre zum gesetzlich anerkannten Selbstverwaltungsrecht der Universitäten, wie es beispielsweise auch von der Georg-August-Universität Göttingen ohne Beanstandung durch den Minister für Wissenschaft und Kunst in Anspruch genommen werde.

Vier Sitz an GO-Liste

Zum letzten Mal haben die Studenten ihre Vertreter für den Senat durch ihre Konzilsmitglieder gewählt. Künftig werden nach dem NHG die Senatsvertreter direkt gewählt. Bei den jetzigen Wahlen konnte sich die gewerkschaftlich orientierte Liste (SHB und MSB Spartakus) gegen alle anderen Hochschulgruppen durchsetzen. Mit Heinz-Ewald Schiewe, Irmgard Czarnecki, Uwe Neumann und Hartmut Ring errang sie alle vier Mandate.

ELAB-Prüfungsordnung wird geändert

Schwerwiegende Bedenken hat der stellvertretende Rektor der Universität, Professor Friedrich W. Busch, gegen einen Erlaß geäußert, in dem die Änderung der ELAB-Prüfungsordnung angekündigt wird. Laut Ministerium wird durch den

Neue AStA-Referenten

Hans-Peter Paulsen, Carola Sauerland und Harald Cordes, alle Mitglieder der Basisgruppe, sind aus dem AStA ausgeschieden, um sich, so der AStA, auf das Studium bzw. ihre künftige Arbeitsstelle zu konzentrieren. Neu gewählt wurden: Lothar Streblau (Juso-HSG) als AStA-Sprecher, Dieter Mach (BG-nah) als Finanzreferent, Hans Walter Thee (Juso-HSG nah) als Referent für Hochschulpolitik, Burkhard Schulz (Basisgruppe) als Kulturreferent.

Erlaß die Prüfungsordnung den Bestimmungen des ELAB-Gesetzes angepaßt. (Die Pressestelle wird den Erlaß sowie die Stellungnahme des stellvertretenden Rektors in Kürze in der Reihe dokumenten materialien veröffentlichen).

Personalien

Käte Driebusch ist als Angestellte im Schreibdienst in der ZETWA eingestellt worden.

Edith Estermann wurde als Verwaltungsangestellte im ZpB eingestellt.

Heinz Isler ist als Kesselwärter beim Dezernat 4 eingestellt worden.

Waltraud Jonczyk wurde als Raumpflegerin im Dezernat 4 eingestellt.

Bettina Klassen ist als wissenschaftliche Angestellte beim NQ-Projekt eingestellt worden.

Gerd Koopmann wurde als Programmierer im Dezernat 5 eingestellt.

Johanne Kühnel wurde als Verwaltungsangestellte im ZpB eingestellt.

Professor Dr. Wolfgang Krumbein, Hochschullehrer im Fachbereich IV, wird an einem von der UNESCO im September veranstalteten Seminar über gegenwärtige und zukünftige Forschung in Küstengebieten und Lagunen teilnehmen.

Uta Loeber-Pautsch, Verwalterin der Stelle einer Wissenschaftlichen Assistentin im Fachbereich III, ist aus dem Dienst der Universität ausgeschieden.

Manfred Lüthe wurde als Verwaltungsangestellter im Fachbereich III eingestellt.

Margit Luther wurde als Angestellte im Schreibdienst im Immatrikulationsamt eingestellt.

Edith Müller wurde als Raumpflegerin im Dezernat 4 eingestellt.

Christiane Perry-Körner wurde als Verwaltungsangestellte im Forschungsprojekt »Materialien zur Geschichte der europäischen Mathematik in Mittelalter und Renaissance« eingestellt.

Professor Dr. Irene Pieper, Mathematikerin im Fachbereich IV, ist erneut in den Bundesvorstand des BdWi gewählt worden.

Ingrid Rudolph ist als Schreikraft im Fachbereich IV eingestellt worden.

Edith Suhrkamp wurde als Verwaltungsangestellte im Fachbereich I eingestellt.

Jacques Sesiano wurde als wissenschaftlicher Angestellter im Forschungsprojekt »Materialien zur Geschichte der europäischen Mathematik in Mittelalter und Renaissance« eingestellt.

Vier freie Plätze im Kindergarten

Die Studentensebsthilfe-Kindertagesstätte hat in ihren Kindergärten in der Hauptstraße 100 und in der Tannenkampstraße noch insgesamt vier freie Plätze für Kinder zwischen drei und sechs Jahren. Anmeldungen sind von Studenten, Dienstleistern oder Hochschullehrern an Frieder Aumann, Würzburger Straße 26 zu richten.